

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Monika Ganseforth, Brigitte Adler, Dr. Liesel Hartenstein, Horst Kubatschka, Michael Müller (Düsseldorf), Robert Antretter, Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Ingrid Becker-Inglau, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Marion Caspers-Merk, Ludwig Eich, Dr. Marliese Dobberthien, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Dr. Ingomar Hauchler, Rolf Hempelmann, Lothar Ibrügger, Walter Kolbow, Heide Mattischeck, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Klaus Lennartz, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Georg Pfannenstein, Otto Reschke, Dietmar Schütz (Oldenburg), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Dr. Wolfgang Wodarg, Anke Fuchs (Köln), Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zum Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

zum Thema

**Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz
– Drucksache 12/8600 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Schutz des Klimas ist eine der größten Herausforderungen für die Menschheit. Die Lösung erfordert einen Wandel hin zu einer energie- und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur, um insbesondere die Kohlendioxid-Emissionen zu senken und die nicht erneuerbaren Rohstoffvorräte der Erde zu schonen.

Dazu muß der Energieverbrauch absolut gesenkt und eine umfassende Strategie der Energieeinsparung und Effizienzsteigerung zur Grundlage der Energieversorgung gemacht werden. Das gilt für alle Umwandlungs- und Nutzungsbereiche, insbesondere für Strom, Wärme und den Verkehrssektor. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Solar-energie grundlegend verbessert werden.

Klimaschutz und Modernisierung der Volkswirtschaft sind kein Gegensatz. Im Gegenteil: Der intelligente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen ist von herausragender Be-

deutung für die Zukunft des Wirtschafts- und Lebensstandorts Deutschland. Energieeinsparinvestitionen eröffnen neue Anlagemöglichkeiten für produktives Kapital, bei denen sich in besonderer Weise positive Auswirkungen auf Volkseinkommen, Arbeitsplätze und Umwelt mit starken qualitativen Wachstumsimpulsen verbinden lassen.

Auch die Agrarpolitik und die Waldvernichtung tragen in einem erheblichen Umfang zur Klimaänderung bei. Deshalb ist es eine große Gemeinschaftsaufgabe, insbesondere die Anstrengungen zum Erhalt der Wälder und für eine ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft zu verstärken.

2. Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß die zahlreichen Ankündigungen der Bundesregierung zum Klimaschutz weitgehend folgenlos geblieben sind. Sie wird damit national den Herausforderungen nicht gerecht und verspielt auch international ihre Glaubwürdigkeit. Der Deutsche Bundestag kritisiert insbesondere, daß die Vorarbeiten der Bundesregierung für die 1. Vertragsstaatenkonferenz der VN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung, die vom 28. März bis zum 7. April 1995 in Berlin stattfinden wird, unzureichend sind.
3. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Berliner Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention die Verabschiedung eines verbindlichen „Berliner Protokolls“ mit konkreten Mengen- und Zeitzielen zur Verringerung aller Treibhausgase. Eine geeignete Grundlage hierfür ist der Entwurf der Alliance of Small Island States (AOSIS) für ein Protokoll, das die OECD-Staaten bis zum Jahr 2005 zu einer CO₂-Reduktion um mindestens 20 Prozent (bezogen auf 1990) verpflichten soll. Das „Elemente-Papier“ der Bundesregierung ist in einigen wichtigen Eckpunkten unzureichend, es bleibt deutlich hinter den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages von 1990 zurück.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, national die Anstrengungen für den Schutz des Klimas zu verstärken:

1. Die Entwicklung und Umsetzung eines nationalen Programms zum Schutz des Klimas, mit dem die nationalen CO₂-Emissionen um mindestens 25 Prozent bis zum Jahr 2005 verringert werden. Schwerpunkte müssen sein: die Nutzung der großen Energieeinsparpotentiale, die Erhöhung der Energieeffizienz und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.
2. Die umfassende Förderung der regenerativen Energieträger, um ihren Anteil an der Energieversorgung in den nächsten 15 Jahren auf 10 Prozent zu erhöhen.
3. Eine Reform der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch ein Energiegesetz, das Energieeinsparung und Effizienzsteigerung zur ersten Priorität macht.
4. Den Ausstieg aus der Atomenergie, weil die angebotsorientierte, kapitalintensive und energetisch wenig effiziente Atomenergie ein großes Hemmnis für ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Umsteuern von Energiedienstleistungen in

Richtung Einsparen, Effizienzsteigerung und Förderung regenerativer Energieträger blockiert.

Die Nutzung der Atomkraft muß auch deshalb beendet werden, weil sie aus Sicherheitsgründen, wegen der terroristischen und militärischen Mißbrauchsmöglichkeiten und der ungeklärten Entsorgung von atomaren Brennstoffen nicht zu verantworten ist.

5. Ein integriertes Konzept für alle Verkehrsträger mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung und der gezielten Förderung umweltverträglicher Alternativen, insbesondere durch die verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und das Wasser und den Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme.
6. Gesetzliche Vorschriften für verbrauchsarme Fahrzeuge: Der durchschnittliche Verbrauch der neu zugelassene Fahrzeuge darf bis zum Jahr 2000 bei höchstens fünf Litern auf 100 km liegen.
7. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen im Rahmen einer europäischen Harmonisierung und Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in den Städten – mit Ausnahme der mit der gelben Raute gekennzeichneten Vorfahrtsstraßen.
8. Die Förderung des Strukturwandels zu einer stärker ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft und zu flächenbezogener Tierhaltung.
9. Die schrittweise Einführung einer ökologischen Steuerreform mit den Zielen, die Arbeitskosten zu entlasten und die Umweltbelastungen zu verteuern sowie den ökologischen Strukturwandel zu beschleunigen.

Bonn, den 18. Januar 1995

Monika Ganseforth
Brigitte Adler
Dr. Liesel Hartenstein
Horst Kubatschka
Michael Müller (Düsseldorf)
Robert Antretter
Wolfgang Behrendt
Friedhelm Julius Beucher
Ursula Burchardt
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Marion Caspers-Merk
Ludwig Eich
Dr. Marliese Dobberthien
Lothar Fischer (Homburg)
Arne Fuhrmann
Dr. Ingomar Hauchler
Rolf Hempelmann
Lothar Ibrügger
Walter Kolbow
Heide Mattischeck

Volker Jung (Düsseldorf)
Susanne Kastner
Siegrun Klemmer
Klaus Lennartz
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Georg Pfannenstein
Otto Reschke
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Dr. Wolfgang Wodarg
Anke Fuchs (Köln)
Dr. Peter Struck
Rudolf Scharping und Fraktion

